

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 75 (2000)
Heft: 10

Rubrik: Info + Service

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZERISCHE ARMEE

Militärmotorfahrer helfen behinderten Kindern

Freiwillige, ausserdienstlich tätige Militärmotorfahrer aus Gebieten im und um den Kanton Bern wollten behinderten Kindern aus derselben Region einen unvergesslichen Tag bereiten. Aus diesem Grund haben sie beschlossen, sich am 15. August 2000 entschädigungslos zur Verfügung zu stellen und die Kinder zu verschiedenen Ereignissen zu chauffieren, welche sie sonst kaum gemeinsam erleben könnten.

Mehr als 250 Militärmotorfahrer standen als Chauffeure im Einsatz. Insgesamt wurde mit der Teilnahme von rund 2200 Kindern und Betreuungspersonen gerechnet. Zur Beförderung wurden zirka 120 Lastwagen vom Typ «Duro», zirka 100 Personenwagen und 15 Autocars (davon zwei mit hydraulischen Hebebühnen) aufgeboden.

Am Morgen trafen sich alle Kinder auf dem Flugplatz Belpmoos bei Bern, wo sie dem Flugbetrieb beiwohnen konnten. 50 Kindern samt ihren Betreuern wurde ein Rundflug in Hubschraubern der Armee ermöglicht. Am Nachmittag waren die Kinder mit ihrer Begleitung zu einer Sondervorstellung des Zirkus Knie eingeladen, die durch verschiedene Gönner finanziert wurde. Als Highlight führte der bekannte TV-Moderator Kurt Aeschbacher die Kinder durch die Vorstellung.

VBS, Info

Bundesrat Adolf Ogi unterzeichnet Abkommen mit Österreich

Bundesrat Adolf Ogi, Chef des VBS, hat in Anwesenheit des österreichischen Botschafters und des Verteidigungsattachés in der Schweiz ein Abkommen mit Österreich unterzeichnet. Es regelt die Zusammenarbeit zwischen dem schweizerischen und österreichischen Kontingent im Kosovo.

Das Abkommen mit Österreich, das von Bundesrat Adolf Ogi in Bern unterzeichnet wurde, regelt alle Aspekte der Zusammenarbeit zwischen dem schweizerischen Detachement (SWISSCOY) und dem österreichischen Bataillon (AUCON), insbesondere den Schutz der Schweizer durch die AUCON, aber auch zahlreiche technische und administrative Fragen. Der österreichische Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Werner Fasslabend, hat den Vertrag bereits zuvor in Wien unterzeichnet.

Am 23. Juni hatte der Bundesrat beschlossen, die KFOR mit einem schweizerischen Detachement von maximal 160 Personen zu unterstützen. Die Schweizer Kompanie SWISSCOY soll dem österreichischen Kontingent AUCON zur Seite stehen, das seinerseits im Rahmen der deutschen KFOR-Brigade eingesetzt wird. Das Vorausdetachment der Swisscoy und der AUCON beginnt mit dem Campaufbau im Raum

Suva Reka. Das Gros der SWISSCOY begibt sich Anfang Oktober in den Einsatzraum. Rechtliche Grundlage bilden die UNO-Resolution 1244 und das bilaterale Abkommen zwischen der KFOR und der Bundesrepublik Jugoslawien. Diese beiden Dokumente machen den SWISSCOY-Einsatz vollumfänglich mit dem Neutralitätsrecht und der Schweizer Neutralitätspolitik vereinbar.

VBS, Info

Bundesrat lehnt Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» ab

Der Bundesrat ist gegen die Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee». Er empfiehlt sie Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Ihre Annahme hätte schwerwiegende Folgen für die heutige Sicherheitspolitik. Ohne Armee würde die Schweiz ihre Fähigkeit zur militärischen Verteidigung verlieren. Sie würde in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, einen Beitrag zur internationalen Friedensunterstützung zu leisten und bei der Bewältigung existenzieller Gefahren im In- und Ausland mitzuwirken.

In seiner Botschaft stützt sich der Bundesrat im Wesentlichen auf den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 ab. Er hält fest, dass die Armee nicht das einzige Mittel dieser Sicherheitspolitik ist, dass sie aber einen zwingend notwendigen Beitrag dazu leistet. Dementsprechend hätte die Annahme dieser Initiative der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)» schwere Auswirkungen auf die gesamte Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik.

Neue Herausforderungen für die Armee

Trotz der massiven Änderungen im strategischen Umfeld der Schweiz hat die Armee nach wie vor wichtige Aufträge zu erfüllen. Neben dem Auftrag «Raumsicherung und Verteidigung», der momentan weniger wahrscheinlich, aber nicht hinfällig geworden ist, wird die Armee heute immer stärker in den Bereichen «Friedensunterstützung und Krisenbewältigung» sowie «Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren» gefordert. Mit der laufenden Reform Armee XXI wird sie noch mehr an das neue Umfeld und die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst.

Zentrales Instrument der Sicherheitspolitik

Eine Annahme der Initiative würde die Schweiz mit der Abschaffung der Armee eines zentralen Instruments ihrer Sicherheitspolitik berauben. Sie könnte sich militärisch nicht mehr verteidigen und würde auch in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, einen Beitrag zur internationalen Friedensunterstützung zu leisten und bei der Bewältigung existenzieller Gefahren im In- und Ausland mitzuwirken.

Schwachstellen als Folge

Die Folgen wären schwerwiegende Schwachstellen in der Katastrophenhilfe und -bewältigung im Inland. Dazu käme eine verstärkte Isolierung der Schweiz wegen mangelnder Betei-

lung an der solidarischen internationalen Zusammenarbeit.

Gleichzeitig wäre die Schweiz gezwungen, zum Schutz gegen die neuen und klassischen Gefahren ernsthaft die Eingliederung in eine militärische Allianz zu erwägen. Unter diesen Voraussetzungen wäre die Aufrechterhaltung der Neutralität nur schwer vorstellbar.

Auch volkswirtschaftliche Auswirkungen

Die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft stehen nicht im Zentrum dieser Initiative. Primär bezieht sich die Diskussion auf die Entwicklung einer anderen Sicherheitspolitik und nicht auf die Kosten der Armee oder die möglichen Einsparungen bei deren Abschaffung. Trotzdem sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von erheblicher Bedeutung. Die Konsequenzen der Abschaffung der Armee erlauben sowohl im personellen wie auch im materiellen Bereich bei weitem weniger Einsparungen als man annehmen könnte. Bei einer Abschaffung der Armee würden während einer längeren Übergangsphase nur schon Sozialkosten in unbestimmter Höhe anfallen.

Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik

Die Initianten schlagen eine Alternative zur Sicherheitspolitik des Bundesrates vor. Als einen konkreten Ansatz zur Umsetzung dieser neuen Sicherheitspolitik sehen die Initianten die gleichzeitig eingereichte Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)». Insgesamt hätte diese Sicherheitspolitik einen anderen Charakter als die geltende Sicherheitspolitik. Mit dem Einbezug von Fragen wie Geschlechtergleichstellung, Umwelt, soziale Gerechtigkeit usw. erhielte sie eine gesellschaftliche Dimension. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass eine solche Sicherheitspolitik ihre zentrale Aufgabe, nämlich Sicherheit zu produzieren, nicht erfüllt.

VBS, Info

Schweizer Soldatenradio in Betrieb

Nach nur sechsmonatiger Planungs- und Realisationszeit nahm am 10. Juli 2000 der Schweizer Soldatensender «Radio Casablanca» im Süden Kosovos seine Tätigkeit auf. Die Projektidee stammt von Radiofachleuten des Stabes Bundesrat APF (Abteilung Presse und Funkspruch), die auch die Planung und Umsetzung in Zusammenarbeit mit dem Generalstab besorgten.

Der Name des Senders lehnt sich an das Erscheinungsbild des Camps des Schweizer Kontingents SWISSCOY im Kosovo an, das aus weissen Containern besteht. «Radio Casablanca» soll den rund 4600 deutschsprachigen und einigen französisch sprechenden Soldaten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich aktuelle Informationen und Musik aus ihren Heimatländern vermitteln. Mit Satellitenanlagen werden DRS 1, RSR, «La Première», OE 3 sowie der deutsche Bundeswehresender «Radio Andernach» im Schweizer Camp in Suva Reka empfangen und über UKW-Sender im gesamten Einsatzraum der deutschsprachigen Multinationalen Brigade Süd (MNB-S) der KFOR in sich abwechselnden Zeitabschnitten rund um die Uhr verbreitet. Daneben werden in einem eigens eingerichteten Radiostudio im Schweizer Camp auch deutsch-österreichisch-schweizerische

Gemeinschaftssendungen produziert und ausgestrahlt.

«Radio Casablanca» ist sowohl ein nationales als auch ein internationales Gemeinschaftsprojekt. Auf nationaler Ebene blicken die Fachleute der Radio-Abteilung 20 auf eine erfolgreiche Kooperation mit Vertretern des Generalstabs und der SRG zurück, die unter anderem die Sende-rechte für all ihre Radioprogramme kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Vor Ort wird mit dem deutschen Kontingent eng zusammengearbeitet. Die Schweiz liefert vor allem die technische Infrastruktur wie Studio, Sende- und Empfangsanlagen, während das deutsche Kontingent die Sicherheit der Anlagen verantwortet, Teile des Programms sowie Redaktions- und technisches Personal zur Verfügung stellt.

VBS, Info

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

Verleihung des ersten Gustav-Däniker-Förder- preises

Im Zunfthaus Zimmerleuten, Zürich, fand die erste Verleihung des Gustav-Däniker-Förderpreises statt. In Anwesenheit von Generalstabschef KKdt Ulrich Scherrer wurde Dr. Jan Metzger für seine Dissertation «Die Milizarmee im klassischen Republikanismus» mit einem namhaften Betrag ausgezeichnet. Der Gustav-Däniker-Förderpreis ist von der Firma Farner PR und Consulting gestiftet und wird unter dem Patronat des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaften (VSWW) jedes Jahr für herausragende Leistungen auf dem Gebiete der Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft vergeben.

Aus Anlass des 70. Geburtstages ihres langjährigen Direktors und Verwaltungsratspräsidenten, Divisionär Gustav Däniker, hat Farner PR und Consulting eine namhafte Summe gestiftet mit dem Zweck, mehrmals einen Preis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaften zu verleihen. Die Vergabe dieses Preises hat Farner PR dem VSWW treuhänderisch übertragen.

Historische Studie mit aktuellem Thema

Im Jahr 1999 wurde der Gustav-Däniker-Förderpreis erstmals an Universitäten respektive den einschlägigen Instituten und Einrichtungen ausgeschrieben. Ein Ausschuss, der sich aus Korpskommandant Adrien Tschumy, Dr. Hans Eberhardt, Dr. Christoph Grossmann und Dr. Daniel Heller zusammensetzte, hat sich unter den eingereichten Arbeiten für die Dissertation von Dr. Jan Metzger entschieden. Die an der Universität St. Gallen (HSG) verfasste Arbeit mit dem Titel «Die Milizarmee im klassischen Republikanismus» wurde zwar als ideengeschichtlich-historische Studie verfasst, entbehrt aber nicht einer gewissen Aktualität. Mit der Armee reform XXI ist nämlich die Miliztauglichkeit und die Milizverträglichkeit einer zeitgemässen Schweizer Armee einmal mehr zur Diskussion gestellt.

Zur erstmaligen Verleihung fanden sich zahlreiche illustre Gäste aus Wirtschaft und Militär ein, um der Preisverleihung im Zunfthaus Zimmerleuten beizuwohnen. Neben dem Generalstabschef und weiteren hochrangigen Militärs war Divisionär Gustav Däniker selber auch zugegen. Nach der Begrüssung von Dr. Daniel Heller und der von Korpskommandant Tschumy vorgetragenen Würdigung trug der Preisträger, Dr. Jan Metzger, einige weiterführende Gedanken über sein Werk vor, bevor ihm der Preis in Form eines Checks und einer Urkunde übergeben wurde.

AUS DER LUFT GEGRIFFEN

Australien

Gemäss gegenwärtiger Planung müssen die heute verfügbaren 71 McDonnell Douglas F/A-18 Hornet bis im Jahr 2015 und die 33 General Dynamics F-111 Aardvark bis zum Jahr 2020 ersetzt werden.

Grossbritannien

Die europäischen Staaten dürften künftig vermehrt europäisches Flugmaterial einkaufen. Eine Ausnahme bildet Grossbritannien, welches gegenwärtig grosse Beschaffungen in den USA tätigt: 25 mittlere Transporter C-130J Hercules II, 67 Kampfhubschrauber AH-64D Apache, 4 schwere Transporter C-17A Globemaster III (Leasing) und 60 JSF Joint Strike Fighter (Beschaffungsabsicht).

Die RAF prüft die Ablösung der schweren Tankerflugzeuge Vickers VC.10 per 2006. Im Vordergrund steht die Boeing 767; allenfalls kommt eine gemeinsame Beschaffung zusammen mit der Royal Australian Air Force in Frage.

Als Ersatz für die North American TF-100F Super Sabre, welche von BAE als Zielschlepper verwendet werden, sollen von Israel 4 Douglas A-4N Skyhawk beschafft werden. Gegenwärtig sind die 4 Super Sabre auf dem Flugplatz Wittmund in Deutschland stationiert. Verschiedene zivile Käufer haben ihr Interesse am Erwerb dieser betagten Flugzeuge angemeldet.

International

Ein rumänisch-deutsch-israelisches Firmenkonsortium steht hinter dem Umbau von MiG-29 Fulcrum zu MiG-29 Sniper; die Serienfabrikation ist allerdings noch nicht angelaufen.



Rumänischer MiG-29 Sniper

An der Luftverteidigungsübung «NOMAD», durchgeführt ab dem Luftstützpunkt RAF Waddington in Grossbritannien, beteiligten sich neben den Luftwaffen Belgiens, Spaniens, Frankreichs und den USA auch die schweizerische

Flugwaffe mit 5 McDonnell Douglas F/A-18 Hornet.

Eurofighter plant die Produktion von 620 Flugzeugen; 180 sind bestimmt für Deutschland, 121 für Italien, 87 für Spanien und 232 für Grossbritannien; weitere 60 bis 90 Flugzeuge könnten von Griechenland beschafft werden.



Eurofighter der deutschen Luftwaffe

Das unten stehende Illustrationsbild zeigt das mögliche Aussehen des geplanten Transportflugzeuges Airbus A-400M, von welchem England unter strengen finanziellen und technischen Vorgaben 25 Maschinen provisorisch bestellt hat.



Airbus A-400M; frühere Bezeichnung «FLA»: Future Large Aircraft

Israel

Die israelische Flotte ersetzt ihre 3 Patrouillenflugzeuge IA1 1124 Westwind/Sea Scan durch 5 unbewaffnete Raytheon Beechcraft King Air, welche bei Elta modifiziert werden.

Kolumbien

Die US-Regierung hat im Rahmen eines Hilfspaketes für Kolumbien die Lieferung von 18 Sikorsky H-60 Blackhawk und 42 Bell UH-1 Iroquois beschlossen; diese Hubschrauber sollen primär zur Drogenbekämpfung eingesetzt werden.

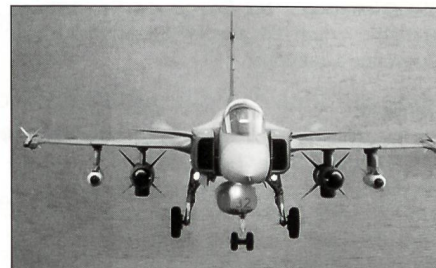
Kroatien

Die Beschaffung von 8 gebrauchten Lockheed Martin F-16A und 4 F-16B Fighting Falcon durch die kroatische Luftwaffe wurde beschlossen.

Polen

Für die Ausrüstung von 2 ehemals amerikanischen Fregatten, welche nun in der polnischen Marine Dienst tun, stehen die Ujagd-Hubschrauber Sikorsky SH-60B Seahawk und Kamran SH-2G Super Seasprite im Vordergrund.

Schweden



Saab Gripen mit Rb 75 (AGM-65 A/B Maverick) und Rb 15F-Lenk Waffen zur Bekämpfung von Schiffen.

Türkei

Für 350 Millionen Dollar werden 8 schwere Transporthubschrauber Sikorsky S-80 CH-53E Super Stallion beschafft, welche in 2 Jahren abgeliefert werden sollen.

Ungarn

Die USA haben sich gegen die Modernisierung ungarischer MiG-29 Fulcrum ausgesprochen und damit diplomatische Irritationen ausgelöst.

Ukraine



Ukrainische Antonov AN-140

USA

Zum vierten Mal hintereinander verlief ein Test des TMD-Systems (Theater Missile Defence) erfolgreich. Mit der Patriot PAC-3 soll der Schutz vor Kurz- und Mittelstreckenraketen sichergestellt werden. Patriot-Lenk Waffen früherer Versionen wurden während des Golfkrieges 1991 aus Stellungen in Israel gegen irakische Scuds eingesetzt.

Das Projekt «JSF» Joint Strike Fighter, um welches Boeing und Lockheed Martin ringen, hat gegenwärtig einen geschätzten Umfang von 3000 bis 6000 Flugzeugen im Wert von 200 bis 400 Milliarden Dollar.

USAF



Lockheed AC-130H der 16th Special Operations Squadron, Hurlburt Field, Florida

US Army

Das Heer hat bei Sikorsky und Boeing die 13 ersten bewaffneten Aufklärungs-Hubschrauber RAH-66 Comanche bestellt. Gemäss aktueller Planung sollen in den nächsten 20 Jahren 1200 Maschinen für 34 Milliarden Dollar beschafft werden.

US Marine Corps

Gegenwärtig stehen 7 mit je 16 AV-8B Harrier II ausgerüstete Frontstaffeln im Dienst. Diese Flugzeuge werden laufend modernisiert und auf den Standard «AV-8A II Plus» gebracht. Das USMC plant nun bei Boeing die Beschaffung weiterer 27 Harrier II, um die Staffelstärke auf 20 Flugzeuge zu erhöhen.

US Navy

Für 8,9 Milliarden Dollar hat die USN bei Boeing 222 F/A-18E/F Super Hornet bestellt; diese sollen bis Ende des Jahres 2004 abgeliefert werden. Die erste Frontstaffel soll im Juni 2002 an Bord der USS Abraham Lincoln einsatzbereit sein. Der Gesamtbedarf der USN beträgt 548 Maschinen dieses Typs.

Die Douglas C-9B Nightingale sollen nach und nach ersetzt werden durch C-40 A (Boeing 737-

700C); die beiden ersten C-40A wurden bestellt.

Verantwortlich: Martin Schafroth

BLICK ÜBER DIE GRENZEN



Europa:

Zusammenarbeit bei Rüstungsgütern

Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor haben sechs EU-Staaten eine engere Kooperation beschlossen. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Spanien und Schweden fertigten Ende Juli ein Rahmenabkommen, wonach eine engere Kooperation in der europäischen Rüstungsindustrie wesentlich erleichtert werde. Unter anderem



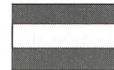
Das geplante Militärtransportflugzeug A400M

wollen die Länder untereinander die Lieferung von Militärmaterial nicht behindern. Für Rüstungsgüter innerhalb der Gruppe werden vereinfachte Genehmigungsverfahren für Exporte eingeführt. Exporte in Drittländer bleiben weiterhin den EU-Vorschriften und den Ausfuhrregeln der jeweiligen Staaten unterworfen. Andere europäische Staaten, die sich den Prinzipien des Vertrages anschliessen wollen, wurden zum Beitritt eingeladen.

Auch bei der Beschaffung von militärischen Flugzeugen arbeitet man in Europa zusammen. Deutschland und sechs weitere Staaten wollen zunächst 225 Militärtransportflugzeuge des neuen Airbus A400M kaufen: Deutschland (73), Frankreich (50), Grossbritannien (25), Spanien (27), die Türkei (26), Italien (16), Belgien (7) und Luxemburg (1). Der Hersteller Airbus Military Company rechnet mit einem noch höheren Bedarf von mindestens 288 Flugzeugen. Die Maschinen sollen ab 2007 ausgeliefert werden. Airbus ist eine Tochterfirma des jüngst gegründeten EADS-Konzerns, der aus der Fusion der Daimler-Chrysler-Tochter DASA, der französischen Aerospatiale Matra und der spanischen CASA hervorgegangen ist. Zudem ist BAe Systems an Airbus beteiligt.

Eine Absichtserklärung wurde bereits vereinbart. Die Vertragsunterzeichnung wird für 2001 angestrebt.

Rene



JUGOSLAWIEN:

Umfassende Heeresreform angekündigt

Die jugoslawische Führung hat eine umfassende Heeresreform angekündigt. Präsident Slobodan Milosevic habe die Reform als «vorrangige» Aufgabe angeordnet. Dies erklärte der jugoslawische Generalstabschef Nebojsa Pavkovic Ende Juli. In die Neuordnung der Streitkräfte sollen auch die Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Angriffen der Nato im Vorjahr eingebaut werden. Die Umstrukturierung werde entsprechend der aktuellen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Lage des Landes erfolgen, sagte der Militär.

Rene

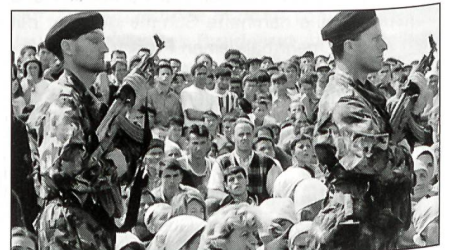


MAZEDONIEN:

Angst vor Grenzkrieg

Seit Wochen kommt es an der mazedonisch-kosovarischen Grenze zu Zusammenstössen zwischen illegalen Grenzgängern und mazedonischen Sicherheitskräften. Es hat bereits Tote gegeben. In Mazedonien herrscht Angst vor einem Grenzkrieg.

Nach mazedonischen Zeitungsberichten soll es Aktivitäten eines paramilitärischen Arms der UCK in Nordwestmazedonien geben. Die sogenannte «Albanische Nationale Armee» (AKSH) sei dort mit dem Ziel gegründet worden, «die Befreiung der albanisch besiedelten Territorien von der slawischen Dominanz» zu betreiben. Diese Befreiungsarmee besteht nach Informationen des Verteidigungsministeriums in Skopje aus ehemaligen UCK-Angehörigen, aus albanischen Bürgern Mazedoniens sowie aus ehemaligen Offizieren der mazedonischen Armee. Ständige Kontakte dieser AKSH gebe es auch mit der UCK im Kosovo, mit dem militärischen Arm der UCK in Südserbien (UCPMB) und vor allem mit der Organisation «Das Vaterland ruft». Diese zuletzt genannte Organisation zählt zu der



Mazedonien hat Angst durch die UCK-Kämpfer in einen Grenzkrieg verwickelt zu werden.

«Volksbewegung für das Kosovo», die sich die Schaffung eines Grossalbanians zum Ziel gesetzt hat. Die AKSH sei im Gebirgszug Sar Planina aktiv, wo sie bereits geheime Waffenlager, Lebensmittelvorräte, Sanitätsmaterialdepots angelegt habe, berichtet das mazedonische Verteidigungsministerium. Das mazedonische Militär sei wegen der Lageentwicklung in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden und habe Nato und UNO um Unterstützung ersucht.

Rene

Die neue «Patrouille Suisse 2000 zum Anfassen»!
Atemberaubende Fotos der Staffel im Formationsflug und in Aktion, die bisher noch nie zu sehen waren

Patrouille Suisse
The Swiss Air Force Aerobatic Team

Patrouille Suisse
The Swiss Air Force Aerobatic Team

Patrouille Suisse
The Swiss Air Force Aerobatic Team

Ausgabe 2000:

Das neue Team
Das aktuelle Programm
Rückblick Saison 1999
Technik des Kunstfluges
Portrait: Freccie Tricolori

Bestellung

über Tel. 052/723 55 11, per Fax 052/721 54 04
oder schriftlich an: Huber & Co. AG, Zeit-
schriften, Postfach, 8501 Frauenfeld

☐ weitere persönliche Exemplare für nur
Fr. 10.-, zuzüglich Porto und Verpackung (inkl.
2,3% MwSt.)

Zwei **Zusatzdienstleistungen**, senden Sie mir:

☐ Exemplare der letztjährigen Ausgabe/n
zum **Spezialpreis von Fr. 3.-**, pro Exemplar
(inkl. 2,3% MwSt.)

☐ 1999 ☐ 1998

☐ bis auf Widerruf **jedes Jahr automatisch**
die **neueste Ausgabe**.

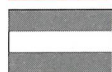
Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:



ÖSTERREICH

Zehn Jahre Einsatz des Bundesheeres an der Grenze

Seit nun zehn Jahren – der Einsatz begann am 4. September 1990 – befinden sich österreichische Soldaten im Einsatz an der Grenze zu Ungarn, der Slowakei und Slowenien. Bis zu 44 000 Illegale suchen Jahr für Jahr den Weg über die «grüne Grenze».

Bisher versahen dort etwa 210 000 Soldaten Dienst. Das Kaderpersonal stand dabei bis zu 15 Mal im Einsatz. Und jeder einsatztaugliche Grundwehrdiener muss zumindest einmal für einen Turnus von sechs Wochen an die Grenze. Oftmals sind es deren zwei.

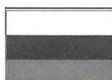
Die Kosten von etwa 600 Millionen S (etwa 71,5 Millionen sFr.) pro Jahr gingen bis jetzt ausschliesslich zu Lasten des Bundesheeres und nicht auf Kosten des Innenministeriums, für das dieser «Hilfseinsatz» gestellt wird. Verteidigungsminister Herbert Scheibner will eine Grundsatzdiskussion herbeiführen, weil der Grenzeinsatz bisher ein «Provisorium» gewesen



Grosse Erfolge haben die Soldaten an der Grenze, dennoch wird mehr «Technik» erforderlich.

sei, sagte er. «Eine Weiterführung des Provisoriums halte ich nicht für sinnvoll, meinte Scheibner. Wenn der Grenzeinsatz vom Bundesheer weiterhin zu machen sei – wozu sich der Minister bekennt – dann müssten gewisse Massnahmen gesetzt werden. Erstens müsse das versprochene Geld von der Bundesregierung für den Grenzeinsatz zugewiesen werden. Zweitens fordert er hier vor allem besseres Gerät, wie es die Grenzgendarmarie besitzt: wesentlich mehr Radargeräte und Wärmebildkameras.

Bis zum Herbst wird eine Arbeitsgruppe Lösungsvorschläge vorbereiten und dann wird eine politische Entscheidung zu treffen sein. *Rene*



RUSSLAND

Zahl der Friedenstruppen wird stark erhöht

Bis 2001 will Russland die Zahl seiner Friedensgruppen mehr als verdoppeln. Zurzeit hat Russ-



Noch mehr Fallschirmjäger sollen als Friedenstruppen für Krisengebiete bereitstehen.

land im Kosovo, Bosnien-Herzegowina und der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien rund 6500 Fallschirmjäger als Friedenstruppen stationiert. Entsprechend einer Meldung von ITAR-TASS will Russland insgesamt 9500 Fallschirmjäger in diesem und im kommenden Jahr für Auslandseinsätze zusätzlich bereitstellen. Darüber hinaus sollen 115 Mann als UN-Truppe nach Sierra Leone abgestellt werden. Der Kommandant der Luftlandtruppen, General Georgi Schpak, erklärte dies in einem Interview Anfang August.

Rene



USA

Bau des «Joint Strike Fighters»

Die amerikanischen Streitkräfte haben den Bau eines gemeinsamen Kampfflugzeuges, des «Joint Strike Fighters» (JSF), in Auftrag gegeben. Bei der Luftfahrtausstellung in Farnborough wurde erstmals das Modell in Originalgrösse gezeigt.

Im Wettbewerb stehen auf der einen Seite Boeing mit anderen 33, auch europäischen Firmen, auf der anderen Seite befindet sich als Führer eines weiteren Konsortiums der Lockheed-Konzern.

Man schätzt, dass das Flugzeug in etwa sieben bis acht Jahren ausgeliefert werden könnte. Die Amerikaner könnten etwa 3000 Flugzeuge kaufen, andere zusätzliche Verkäufe von 2000 bis 3000 Maschinen werden erwartet. Die US-Regierung hat angekündigt, im Jahr 2001 ihre Entscheidung bekannt zu geben. Als europäische Alternative steht für logischerweise nicht amerikanische Bedarfsträger der attraktive «Eurofighter» zur Verfügung, der über einen zeitlichen Vorsprung verfügt, weil seine Auslieferung soeben begonnen hat.

Rene



Militärsgeschichte kurz gefasst



Die Siegesparade

In Stalins Tagesbefehl vom 22. Juni 1945 hiess es: «In Würdigung des Sieges über Deutschland im Grossen Vaterländischen Krieg befehle ich, dass am 24. Juni 1945 in Moskau auf dem Roten Platz eine Parade der Truppen der Feldarmee, der Seekriegsflotte und der Moskauer Garnison als Parade des Sieges abzuhalten ist ...»

An der Heerschau nahmen von der Feldarmee, einschliesslich der Luftstreitkräfte und stellvertretend für die «Fronten» (= Heeresgruppen), zehn ad hoc gebildete Regimenter teil. Die Truppenkörper, angeführt von der Generalität, setzten sich aus handverlesenen Mannschaften und Kadern zusammen, mit dabei zahlreiche höchstdekorierte «Helden der Sowjetunion». Kommandiert wurde die Parade von Marschall Konstantin K. Rokossowski (1896–1968), Abnehmender war Marschall Georgij K. Schukow (1896–1974), auch er zu Pferd. Der Diktator zeigte sich auf der Estrade des Lenin-Mausoleums, umgeben von ranghohen Parteikadern und Militärs.

Das in höchster Präzision zelebrierte militärische Schauspiel begann um exakt 10 Uhr mit dem Stundenschlag vom Spasski-Tor-Turm des Kreml. Der Himmel war verhangen, und Schukow schrieb in seinen «Erinnerungen und Gedanken» (Berlin DDR 1987): «Als ich die Truppen abritt, sah ich den Regen in Strömen von den Mützenschirmen rinnen, doch in der allgemeinen Hochstimmung kümmerte sich niemand darum.» Nach dem Vorbeimarsch wurden erbeutete deutsche Feldzeichen (Bild) am Fuss des Mausoleums niedergeworfen. Formationen der Moskauer Garnison beendeten die zweistündige Parade.

Auch den nur bedingt sowjetfreundlichen polnischen Waffengeführten (vgl. Gosztony, Stalins fremde Heere, Bonn 1991) hatte man mit einer Fahren- und Generalsdelegation an der Siegesparade teilnehmen lassen. Dies wohl auch zur Verschleierung des Mordes an über 20 000 national-polnischen Offizieren und anderen führenden Persönlichkeiten. Diese waren 1939, bei der Annexion Ostpolens durch die Rote Armee, in die UdSSR verschleppt und im folgenden Frühjahr vom NKWD erschossen worden, so auch bei Katyn, westlich von Smolensk. Zu diesen, den Deutschen untergeschobenen Verbrechen bekannte sich die russische Regierung erst Anfang der 90er-Jahre. Der Fall «Katyn» stellt ein typisches Beispiel sowjetischer Desinformation dar und wurde auch im Westen eifrig nachgebetet.

Vincenz Oertle, Maur